

(3) Für Unternehmen mit einer vorgesehenen jahresdurchschnittlichen Arbeitskräftezahl bis 50 und einem Umsatz bis 5 Mio Mark, die weniger als 50 % ihrer Waren bzw. Leistungen exportieren, erfolgt die Genehmigung in vereinfachter Form auf der Grundlage der Anlage 1.

(4) Dem Antrag sind die nach den Rechtsvorschriften erforderlichen Genehmigungen für die wirtschaftliche Tätigkeit beizufügen. Sollen Unternehmen rohstoffgewinnende Tätigkeit ausüben, ist die erteilte Berechtigung zur Gewinnung mineralischer Rohstoffe einzureichen.

(5) Stellen volkseigene Betriebe/Kombinate den Antrag auf Gründung von Unternehmen, haben sie dafür die schriftliche Zustimmung des übergeordneten Organs mit vorzulegen.

§ 4

Entsprechen die Anträge nicht den in den §§ 9 und 10 der Verordnung oder im § 3 dieser Durchführungsbestimmung gestellten Anforderungen, sind die Antragsteller innerhalb von 4 Wochen darüber zu informieren und um Ergänzung der Angaben zu ersuchen.

Zu § 12 der Verordnung:

§ 5

Fördernde Bedingungen

Mit dem Antrag zur Gründung des Unternehmens kann gleichzeitig die Gewährung von fördernden Bedingungen beantragt werden. In Ergänzung der im § 12 enthaltenen Anforderungen für die Gewährung von zu fördernden Bedingungen liegen in den Genehmigungsstellen „Volkswirtschaftliche Orientierungen für bevorzugte Objekte und Zielgebiete für Industriekooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern“ zur Information vor.

Zu § 36 der Verordnung:

§ 6

Beschwerdeverfahren

(1) Bei Entscheidungen in den Fällen des § 2 Absätze 2 und 3 ist die Beschwerde bei der Genehmigungsstelle des Rates des Bezirkes einzulegen.

(2) Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie der Genehmigungsstelle des Wirtschaftskomitees zur Entscheidung vorzulegen. Die Einreicher der Beschwerde sind davon zu informieren.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 21. Februar 1990

**Der Minister und Vorsitzende Der Minister der Finanzen
des Wirtschaftskomitees**

Prof. Dr. Grünheid

**Dr. Siegert
amtierender Minister**

Anlage 1

zu vorstehender Erster Durchführungsbestimmung

Muster

Antrag für die Genehmigung zur Gründung und Tätigkeit eines Unternehmens mit ausländischer Beteiligung in der DDR

1. Antragsteller:

- 1.1. Name und Anschrift der/des DDR-Beteiligten
- 1.2. Vorkontrakte bei volkseigenen Betrieben

1.3. Name und Anschrift des/der ausländischen Beteiligten

2. Bezeichnung des Unternehmens:

3. Angaben zur Rechtsform des Unternehmens:

4. Standort des Unternehmens:

- 4.1. Sitz des Unternehmens
- 4.2. Sitz von vorgesehenen Zweigniederlassungen

5. Kurzbeschreibung des Gegenstandes der wirtschaftlichen Tätigkeit:

6. Angaben zur wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens:

- 6.1. Vorgesehener jährlicher Produktions- bzw. Leistungsumfang der ersten fünf Jahre
- 6.2. Jährliche Anteile des Exports (von 6.1.)
- 6.3. Standortanforderungen in bezug auf Flächen, Energieversorgung, Wasser/Abwasser, Transport und ihre Sicherung
- 6.4. Umweltwirkungen des Vorhabens und vorgesehene Maßnahmen des Umweltschutzes (Rauchgas, Staub, Lärm, Wasserverunreinigung)

7. Angaben zum Stamm- bzw. Grundkapital der Gesellschaft:

- 7.1. Höhe des Stamm- bzw. Grundkapitals
- 7.2. Anteile der Beteiligten (in %)
 - 7.2.1. Anteil des/der DDR-Beteiligten
 - 7.2.2. Anteil des/der ausländischen Beteiligten
- 7.3. Art und Wert (in Mark der DDR) der Einlagen der Beteiligten¹
 - 7.3.1. Art und Wert der Einlagen des/der DDR-Beteiligten
 -
 -
 -
 - 7.3.2. Art und Wert der Einlagen des/der ausländischen Beteiligten
 -
 -
 -

Anlage

Stellungnahme der Betriebsgewerkschaftsorganisation des Beteiligten der DDR zur Gründung des Unternehmens

¹ Bewertung des Nutzungsrechts am Boden, der Gebäude und baulichen Anlagen, Maschinen und Ausrüstungen, Schutzrechte (immaterielle Werte), Geldanlage u. a.

Anlage 2

zu vorstehender Erster Durchführungsbestimmung

Inhalt der technisch-ökonomischen Konzeption für die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens

- erforderliche Rohstoffe, Materialien und Zulieferungen
- Bedarf an Arbeitskräften und Vorstellungen zur Gewinnung; vorgesehene Arbeitskräftefreisetzungen
- Absatzkonzeption des Unternehmens
- Vorschlag zur Höhe des Devisenverkaufs an den Staat
- vorgesehene Preise im Rahmen der Nomenklatur für Höchst- und Festpreise
- Vorschau der Gewinn- und Verlustentwicklung
- Finanzplanung des Zu- und Abflusses der Mittel